



Hamburgs-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder



Nr. 25	Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementpreis 100,00 pro Quartal. Redaktion und Expedition: Hamburg 23, Claus-Groth-Str. 1, Fernspr. 5, 8246.	Hamburg, den 23. Juni 1917	Anzeigen kosten die fünfgespaltene Normalzeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der Betrag ist stets vorher einzufenden). Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.	31. Jahrg.
--------	---	----------------------------	---	------------

Kollegen! Wo immer Ihr in Arbeit steht, denkt daran, daß unsere Werbearbeit nicht nachlassen darf, daß neue Mitglieder für den Verband gewonnen werden müssen!

Kriegsbeschädigte und Gewerkschaften.

I.
Wenn sich die Gewerkschaften aller Richtungen gegen die Gründung einer Sonderorganisation der Kriegsbeschädigten wandten, so berechtigten sie hierzu einmal ihre gesamte Tätigkeit zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder, weiter aber die besonderen Pflichten, die sie sich den Kriegsbeschädigten gegenüber von vornherein als selbstverständlich auferlegten. Nach dem offiziellen Bericht über die Verhandlungen in Essen zur Gründung eines Verbandes der wirtschaftlichen Vereinigungen Kriegsbeschädigter führte der Vorsitzende gegen die Rundgebung der Gewerkschaften folgendes aus:

„Die Gewerkschaften haben gegen uns Stellung genommen. Ich bin aber davon überzeugt, wenn wir uns gemeinsam an einen Tisch setzen und uns einmal kennen lernen, wenn die Gewerkschaften von A bis Z von uns wissen, was wir wollen, und wir erfahren, welches Arbeitsfeld die Gewerkschaften für sich in der Fürsorge beanspruchen, daß dann eine Verständigung erzielt wird. Den Vorwurf aber kann ich den Gewerkschaften nicht ersparen, daß sie öffentlich gegen uns geschrieben haben, ohne uns zu kennen zu lernen.“

Das ist umgekehrt gerade der Vorwurf, den die Organisationen der Arbeiter und Angestellten den Gründern der Sonderorganisation zu machen haben, die anscheinend die Gewerkschaften nicht kennen und gänzlich unberücksichtigt lassen, was die Verbände bereits auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge geleistet haben, bevor an die Gründung besonderer Vereinigungen der Kriegsbeschädigten zu denken war. Die Gewerkschaften haben sich der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten aber nicht nur aus rein menschlichem Mitleid angenommen, sondern aus der Erkenntnis, daß eine durchgreifende Fürsorge sowohl im Interesse ihrer kriegsbeschädigten Mitglieder als auch im Interesse aller übrigen Arbeiter und Angestellten unerlässlich ist. Der Kriegsbeschädigte muß davor geschützt werden, daß seine verminderte Arbeitskraft und seine Rente dazu ausgehöhlt werden, ihn als Lohnbrüder gegen seine Arbeitsgenossen zu mißbrauchen. Schon diese Aufgabe allein bietet den Kriegsbeschädigten die Gewähr, daß sich die Gewerkschaften ernstlich ihrer Interessen annehmen werden. Und wo sie es irgend etwas daran fehlen lassen sollten, haben die Kriegsbeschädigten Mitglieder jederzeit Gelegenheit, ihre Wünsche und Beschwerden geltend zu machen und Anregungen zu geben.

Die Vereinigungen der Kriegsbeschädigten wollen die wirtschaftliche Sicherstellung ihrer Mitglieder. Der Begriff der wirtschaftlichen Sicherstellung ist, wie für alle Arbeiter und Angestellten, so auch für die mehr oder minder erwerbsfähigen Kriegsbeschädigten nur relativ. Um eine absolute Sicherstellung kann es sich lediglich für die Ganzinvaliden handeln, und zwar durch auskömmliche Rentenversorgung. Das geltende Mannschafsvorsorgegesetz ist allgemein als reformbedürftig anerkannt. Zu seiner Neuregelung will nun der Kriegsbeschädigtenverband den Parlamentariern aller Richtungen mit Material zur Hand gehen. Das ist auch alles, was er dazu tun könnte. Ist er darum aber notwendig? Die Gewerkschaften und die Arbeitersekretariate halten von ihren kriegsbeschädigten Mitgliedern Material genug. Ihre Funktionäre sind in der Stellung und Vorbereitung des Materials geschult und ihre parlamentarischen Vertreter haben vornehmlich die Aufgabe, an dem Ausbau der Sozialgesetzgebung im Sinne der Bedürfnisse und Forderungen der Arbeiter und Angestellten mitzuwirken. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge ist nicht mehr wie ehemals eine Resortangelegenheit der Kriegsministerien, sondern

fernerhin ein Teil unserer Sozialgesetzgebung. In den Sonderausschüssen des Reichsausschusses für die Kriegsbeschädigtenfürsorge, der sich seit geraumer Zeit auch mit der Reform des Mannschafsvorsorgegesetzes befaßt, sind die Gewerkschaften ebenfalls tätig. Durch die Gewerkschaften ist somit eine sachkundigere, energiereichere und Erfolg versprechendere Vertretung der berechtigten Anforderungen der Kriegsinvaliden gewährleistet, als sie durch irgendeine Vereinigung von Kriegsbeschädigten, die zu diesem Zweck um die Gunst aller Parteien werben will, möglich wäre.

Prüft man den Entwurf, ein großer Teil der Kriegsbeschädigten sei entweder zuvor nicht gewerkschaftlich organisiert gewesen, oder ein anderer erheblicher Teil von ihnen bleibe dauernd erwerbsunfähig und damit zugleich organisationsunfähig, so erweist er sich weder als Bestätigung zutreffend, noch als Behauptung, und damit auch nicht als stichhaltig zur Rechtfertigung der Gründung von Sonderorganisationen. Selbst wenn man den Gewerkschaften unterstellen wollte, sie sorgten nur für ihre kriegsbeschädigten Mitglieder, unbekümmert um die unorganisierten Kriegsinvaliden, so steht dem entgegen, daß jedwede Verbesserung der Versorgungsgesetzgebung ausnahmslos allen Kriegsbeschädigten zugute kommen muß. Abgesehen davon, daß auch ein Teil der Kriegsinvalide gewordenen Mitglieder der Gewerkschaften ihren Verbänden nicht ohne weiteres den Rücken kehren wird, und daß es sich andererseits immer noch um die Väter, Söhne oder Brüder der Gewerkschaftsmitglieder handelt. Für die noch erwerbsfähigen, bisher unorganisierten kriegsbeschädigten Arbeiter und Angestellten aber erweist sich der Anschluß an ihre wirtschaftliche Organisation notwendiger denn je zuvor und kann durch die Zugehörigkeit zu irgendeiner Kriegsbeschädigtenvereinigung nicht ersetzt werden.

Während nun leider ein Teil der Kriegsbeschädigten als gänzlich invalide aus den Reihen der Erwerbstätigen ausscheiden wird, so scheiden andererseits alle diejenigen aus dem Kreise der Kriegsbeschädigten aus, die wieder in den Vollbesitz ihrer Arbeitskraft gelangen. Die große Mehrzahl der Kriegsbeschädigten aber erlangt einen mehr oder minder hohen Grad der früheren Erwerbsfähigkeit zurück. Damit ist denn auch die Hauptaufgabe der Fürsorge für die geheilten Kriegsbeschädigten gegeben: ihre geeignete Unterbringung auf dem Arbeitsmarkt und die Wahrnehmung ihrer Lohninteressen. Daß die Gewerkschaften die zur Lösung dieser Aufgabe berufenen Organisationen sind, das mußte auch auf der Delegiertenversammlung der Kriegsbeschädigten in Essen zugegeben werden.

In ihren Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmervereinigungen zur Wiedereinstellung der Kriegsbeschädigten haben die Gewerkschaften auch den Beweis erbracht, daß sie sich der Interessen der Kriegsbeschädigten tatkräftig annehmen. In den Berufen und Industrien, für die solche Arbeitsgemeinschaften bis jetzt noch nicht bestehen, liegt es nicht an den Gewerkschaften, sondern an dem ablehnenden Verhalten der Arbeitgeberverbände. Doch auch in diesen Fällen werden die betreffenden Berufsverbände weiterhin auf eine Regelung dringen, inzwischen aber ihren kriegsbeschädigten Kollegen auch ohne Arbeitsgemeinschaft nach besten Kräften behilflich sein. Bei der Erwerbstätigkeit der Kriegsbeschädigten, die nicht mehr ihre volle Arbeitskraft einsetzen können, kommt es in besonderem Maße auf ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit den Arbeitskollegen an, und auf eine unparteiische, paritätische Schlichtungsinstanz zur Festsetzung und Nachprüfung der Arbeitsbedingungen, zur Untersuchung und Abstellung von Beschwerden, sowie zur Beilegung von Streitigkeiten. Hier

kann keine Organisation der Kriegsbeschädigten, sondern lediglich die Berufsorganisation helfen.

Kostenlose Rechtsauskunft und Rechtsberatung, wonach die neue Vereinigung erst suchen muß, haben die Gewerkschaftsmitglieder längst. Und selbst diejenigen Arbeitersekretariate, die nur Organisierten offenstehen, erteilen auch den nicht oder nicht mehr organisierten Personen, in unserm Falle den erwerbslosen Kriegsbeschädigten, bereitwillig Auskunft. Eine weitere Forderung ist die Errichtung besonderer Arbeitsnachweise für Kriegsbeschädigte, oder doch besonderer Abteilungen bei den allgemeinen Arbeitsnachweisen. Bei den großstädtischen Arbeitsnachweisen bestehen bereits besondere Abteilungen. Wo solche aber noch nicht eingerichtet sind, obgleich ein Bedürfnis dazu vorliegt, ist es Sache der örtlichen Gewerkschaftskartelle, auf ihre Schaffung hinzuwirken. An kleineren Orten dagegen kann die Arbeitsvermittlung für Kriegsbeschädigte zu besonderen Stunden getrennt geschehen, was ebenfalls ohne Sonderorganisation zu erreichen ist. Wo dennoch notwendig erscheinende Maßnahmen nicht getroffen werden, müssen die Kriegsbeschädigten in ihrer Berufsorganisation dafür eintreten.

Bereits auf ihrer Kölner Tagung im August 1915 haben die Vertreter der Gewerkschaften und der Arbeitsstellenverbände betont, daß die lokale Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge und damit auch die Berufsberatung noch lange nicht überall das ist und so ist, wie sie sein soll und sein muß. Was jedoch dabei zu verbessern ist, das wird durch den Einfluß sämtlicher Gewerkschaftsrichtungen mindestens ebenso rasch und gründlich geschehen, wie durch den Verband der Kriegsbeschädigten. Ueberdies stehen die Gewerkschaften durchaus nicht an, mit ihrer Vertretung in den Ortsausschüssen und den Berufsberatungsstellen auch geeignete kriegsbeschädigte Kollegen zu betrauen.

Unser Gewerbe nach dem Kriege.

I.
In den letzten Monaten hat es an genügend Zeit und wohl auch vielfach an Neigung gefehlt, die Fragen eingehender zu diskutieren, die auf der gemeinsamen Konferenz zur Einleitung der Tätigkeit unserer Organisationen für die wirtschaftliche und sachliche Hebung des Malergewerbes aufgeworfen wurden. Es läßt sich eben auch heute noch kein Ende des jetzt herrschenden Kriegszustandes mit seinen immer noch alles verheerenden wirtschaftlichen Folgen und mit seiner Wähmung des geistigen Lebens absehen; kein Wunder, wenn man darum gegenwärtig die Beschäftigung mit Fragen, die nicht sogleich spruchreif erscheinen, vielfach als überflüssig oder doch als verfrüht hält. Damit müssen wir rechnen, und da in der Tat zunächst für viele durch die geplante Gemeinheitsarbeit in Aussicht genommene Veranstaltungen und Einrichtungen vor Abschluß des Krieges die Voraussetzungen fehlen werden, ist auch vorläufig nichts verjümt.

Trotzdem sollte wenigstens in der Presse und in Versammlungen der beiderseitigen Organisationen die Erörterung der Frage, wie unser Beruf auf den ihm in unserm heutigen und zukünftigen Wirtschaftsleben zukommenden Stand gebracht werden kann, nicht unterbleiben. Deshalb werden wir, soweit wir neben unserer übrigen Tätigkeit und anderen Aufgaben dazu in der Lage sind, fortlaufend immer schon in diesem Sinne tätig sein und außer eigenen Beiträgen und solchen aus unsern Kollegentreisen mehr noch als bisher registrieren, was auch von anderer Seite, insbesondere in der Presse unserer Arbeitgeber über die erwähnten Fragen zum Ausdruck kommt. Denn wir sind fest entschlossen, die in den bekannten Richtlinien vom November für die geplante Gemeinheitsarbeit vorgezeichneten Aufgaben mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften zu verfolgen und, unbekümmert um etwaige Widerstände, soweit als irgend möglich auch zu lösen. Nachfolgend bringen wir einen Auszug aus einem Vortrage des Herrn Malermeisters Streit in einer Pres-

laue Innungsverammlung, abgedruckt in der Berliner „Maler-Zeitung“ vom 20. Mai und 2. Juni. Danach hat Herr Streitt, nachdem er die Notwendigkeit der Erhaltung und Befundung des Handwerks im allgemeinen durch Staats- und Selbsthilfe hervorgehoben hat, über die gleichen Bestrebungen in unserm Gewerbe nach dem Kriege unter besonderer Hervorhebung der Bedeutung, die er dabei den Innungen beimißt, unter anderem folgendes erklärt:

Ich will versuchen, anzugeben, wie wir auch als Maler eine Aufwärtsbewegung erreichen können. Die Maler haben zweifellos eine Blütezeit gehabt. Sie ist vergangen, verweht, die Submissionen für me, die moderne Geschmacksrichtung, das Ueberangebot haben die schönsten Knospen abgebrochen. Eine unglaubliche Verflachung ist eingetreten. Sie ist unsere besondere Schwäche.

Wenn ich ein Arzt wäre und die Diagnose zu stellen hätte, ich würde den Qualitätsrückgang als Krankheit ansehen. Das klingt beinahe wie ein Wortwitz, aber die Stunde ist zu ernst, um Scherzereien zu sagen. Wir werden nie in die Lage kommen, zu heilen, wenn wir uns nicht durch rücksichtslose Konsequenz gegen uns selbst leiten lassen.

Wenn wir die Tätigkeit des Arbeitgeberverbandes betrachten, dann finden wir, daß seine Auffassung als Kampf- und Abwehrorganisation, ganz wie man es nehmen will, allzu einseitig ist, um einen Berufsstand wirtschaftlich zu heben. Das Verdienst, den Tarifvertrag, den ich hochschätze, geschaffen zu haben, soll nicht geschmälert werden. Aber die gut gemeinten Preisvereinbarungen und Preisverordnungen (hier wird wohl auf den § 10 des Reichstarifvertrages hingewiesen. D. W.) haben uns furchtbar geschadet; sie haben uns voneinander getrennt und das sich lediglich Konkurrenzfühlen in unsere Organisationen hineingebracht. Ich sage gut gemeint, sie gingen aber schief aus, weil die Machtmittel fehlten, die gefassten Beschlüsse zum Zwang, zum selbst auferlegten Gesetz zu machen. Wenn hinter einem Gesetz nicht die Macht steht, ist es wertlos. Heute haben wir die Erfahrung und wir müssen darum neue Wege suchen.

Unsere bisherigen beruflichen „Hebungsversuche“ haben sich in der Hauptsache mit Preisnormierungen und mit der Verbesserung des Bedingungswezens beschäftigt. Ohne auf die Eigenheiten unserer Berufsart Rücksicht zu nehmen, wurden lediglich unmittelbar materielle Zwecke verfolgt. Nach dem Maßstabe des Erfolges gemessen, waren sie allerdings wenig glücklich. . . . Ich gehe, so schwer es mir wird, von der Ansicht aus, daß das Handwerk unter den gegenwärtigen Verhältnissen aus eigener Kraft nicht imstande ist, einen Einfluß auf die Preisbildung auszuüben. Na, wenn wir an Zahl weniger wären und alle einigermaßen materiell sichergestellt, so daß sich einerseits eine absolute Einigung erreichen ließe und andererseits die geschäftliche Bonität der Vertragskontrahenten über jedem Zweifel erhaben wäre, dann bräuhende wohl die Möglichkeit zur Ringbildung und zur Schaffung eines Organs, dessen Funktionen nur mit schweren Gefahren für den Störenfried gehindert werden könnten.

Trotz dieser Schwierigkeiten dürfen wir auf eine Preishebung nicht verzichten. Mit Beschlüssen allein ist aber nichts zu machen, das haben wir zur Genüge erfahren, um so mehr, als es doch überhaupt nur möglich ist, die öffentlichen Angebote zu beurteilen. Sie aber wirken anstehend, in der Urfrage wie in der Wirkung, auch auf den privaten Auftraggeber. Wir können es darum nicht aufgeben, gegen die bisherigen Verdingungsverfahren Sturm zu laufen und müssen fordern, daß den Innungen und Verdingungsstellen ein Einfluß auf die Vergebung der behördlichen Arbeiten eingeräumt wird. Die Innungen könnten sehr wohl dazu verpflichtet werden, unbefangene und nachweisbar richtige und geltende Preisnormen aufzustellen. Es wird gut sein, in allen Innungen und Organisationen solche durchgearbeitete Verdingungsunterlagen zu sammeln, zum Nachweis darüber, daß es ohne Hilfe der berufenen Fachleute bisher nicht möglich war, einen Vertragsvertrag zu schaffen, an dessen Klarheit in sachlicher Beziehung nicht zu zweifeln und zu denken war. Die damit im Zusammenhang stehende Zuziehung eines Sachmannes bei der Abnahme der Arbeiten ist eine alte Forderung, die immer wieder und unermüdlich erhoben werden muß. Auch die zahllosen Varianten in der Vermessungsart bieten viel Konfliktstoff und verlocken ganz besonders tüchtige Anbieter zu Mißverständnissen.

In unseren Kostenschätzungen findet man fast immer die Einfügung, daß für alle Proben kostenlos Kupfer anzusehen und diese so oft zu erneuern sind, bis sie die Bauleitung genehmigt. Da wird dann bei der Ausführung mitunter mit Zeit und Geld des Unternehmers umgegangen, als wenn Kalkulation ein leerer Begriff wäre. Auf eine Beseitigung dieser unangenehmen Klausel muß ebenfalls hingewirkt werden. Wir haben an den ästhetischen Auffassungen der Bauleitenden nichts anzusehen, wenn uns deren Kosten ebenso vergütet werden, wie jede andere Arbeit. Ich halte das auch für einen sehr glücklichen Weg, dem Maler wieder größeren Einfluß und größere Selbstständigkeit zuzuführen.

In unsern Kostenschätzungen findet man fast immer Gehilfenorganisationen ist die Materialfrage und Materialbeschaffung für unser berufliches Aufblühen nach dem Kriege von größter Bedeutung. Hier wird ein Gebiet berührt, in dem uns die Handwerkskammer hilfreich zur Seite stehen kann. Wir werden nicht so bald wieder Leinöl bekommen, das für unsere Arbeiten aber so unentbehrlich ist. Das Material, das nach Öffnung der Sperre ins Land kommen wird, braucht man an allen Ecken und Eden. Unsere Oel-, Lack- und Farbenindustrie ist vollkommen leer gepumpt; sie wird im freien Verkehr als dominierender Käufer auftreten. Die Regierung wird auf alle Einfuhr die Hand legen und das Leinöl dem Ernährungsbedarf zuführen wollen. Das ist auch recht so, aber die Handwerkskammer wird darauf hinwirken müssen, daß ohne eine angemessene Zuteilung von Rohstoffen auch unser Gewerbe die heimkehrenden

und arbeitssuchenden Arbeiter nicht beschäftigen kann. Endlich muß mit allem Nachdruck bei den Behörden darauf hingewiesen werden, daß nicht wie bisher Ersatzmittel vorgeschrieben und die materiellen Konsequenzen in Form langjähriger Garantien dem Handwerker aufgebürdet werden.

Doch — so hat Herr Streitt weiter ausgeführt — könne eine Heraushebung der Preise unser Handwerk allein nicht vorwärts bringen. Es müßten auch die in ihm vorhandenen idealen Kräfte mobil gemacht werden. Da heiße es planmäßig vorgehen, wobei er wohl unter Hinweis auf die im November v. J. festgestellten Richtlinien für die zukünftige Tätigkeit der beiderseitigen Organisationen zum Nutzen unseres Berufes von einem bestehenden Programm sprach, das wir auch dringend brauchen.

In dem nun folgenden Teile seiner Ausführungen hat der Vortragende die einzelnen, für die Hebung unseres Berufes vor allem in Betracht kommenden Fragen beleuchtet, zum Teil in recht interessanter Weise. Wir bringen deshalb hieraus in der nächsten Nummer des „Vereins-Anzeiger“ einen weiteren größeren Auszug.

Die Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder im Monat Mai 1917.

Im Mai hat der nach unsern monatlichen Erhebungen seit Ende Januar festgestellte Rückgang der Arbeitslosigkeit unserer Verbandsmitglieder auch weiter angehalten. Waren im Januar 1916 vom Hundert unserer Kollegen arbeitslos — für diese Jahreszeit, gemessen an den Verhältnissen der Friedenszeit, eine recht geringe Zahl —, so fiel diese im Februar auf 2,26, im März auf 0,70, im April auf 0,74 und bis Ende Mai auf 0,44 pZt.

Im Mai des Jahres 1916 ermittelten wir 2,07 pZt.; damals war der niedrigste Stand, mit 1,82 pZt., im März erreicht worden. Im Jahre 1915 wies der Mai eine Arbeitslosigkeit von 2,25 vom Hundert auf; gegen 1,84 pZt. im vorhergehenden April. Nach alledem hat die Arbeitslosigkeit einen während des Krieges noch nicht dagewesenen niedrigen Stand erreicht. Die Gründe dieser Erscheinung liegen sehr nahe; wir haben sie auch schon mehrfach auseinandergesetzt. Nur so viel sei bemerkt, daß sich die Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung, wie es scheint, wenigstens bei der Erledigung der dringenden Arbeiten, durch Verwertung von Ersatzstoffen unter anderm immer wieder bis zu einem gewissen Grade überwinden lassen. Andernfalls wäre der Beschäftigungsgrad unseres Gewerbes zweifellos schlechter, selbst unter Berücksichtigung der umfangreichen Abwanderung unserer Kollegen in die Kriegsindustrie.

Es berichteten diesmal nur 99 Filialen über 7017 ihrer Mitglieder, also über etwas mehr als im vorigen Monat. Davon waren 31 arbeitslos oder, wie oben schon bemerkt, 0,44 pZt.

Wir lassen hier die Zusammenstellung der hauptsächlichsten Ziffern aus unserer Arbeitslosenstatistik seit Januar folgen:

Monat	Arbeitslose in den Filialen am Monatschluß	Arbeitslose am Monatschluß		Auf je 100 Mitglieder entfallende Arbeitslose am Monatschluß				
		1916	1917	1915	1916	1917		
Januar ..	111	9197	8999	647	256	17,55	7,08	8,66
Februar ..	102	9081	8984	449	187	15,18	4,94	2,26
März ..	104	8802	8886	150	55	5,99	1,82	0,79
April ..	108	8727	8958	179	52	1,84	2,05	0,74
Mai ..	99	8748	7017	181	81	2,25	2,07	0,44
Juni ..	—	8650	—	176	—	8,20	2,08	—
Juli ..	—	8332	—	187	—	2,81	2,24	—
August ..	—	8417	—	117	—	2,99	1,89	—
Septbr. ..	—	8007	—	85	—	1,80	0,81	—
Oktober ..	—	7814	—	125	—	3,86	1,59	—
November ..	—	7208	—	165	—	6,88	2,29	—
Dezember ..	—	7016	—	228	—	7,97	3,39	—

Folgende Filialen sandten die statistischen Karten nicht, beziehungsweise nicht rechtzeitig ein: Cottbus, Eisenach, Flensburg, Frankfurt a. d. O., Graubenz, Hamm, Ingolstadt, Kaiserslautern, Nordhausen, Rowawes, Osna-brück, Plauen i. V., Redlinghausen, Ulm, Weiskammer.

Jahresbericht des 6. Bezirks.

Kriegszeit — Leidenszeit! Dieses Wort galt für unsere Kollegen im verflohenen Jahre. Während in den übrigen Bauberufen eine große Nachfrage nach Arbeitskräften im Laufe des ganzen Jahres zu verzeichnen war, blieb der Bedarf an solchen im Malergewerbe im ganzen Bezirk erheblich hinter der Zahl der Arbeitssuchenden zurück, trotz der fortlaufenden zahlreichen Einberufungen zum Geeresdienst.

Besonders ungünstige Verhältnisse lagen in den größeren Städten vor. So betrug die Andrangsziffer an Arbeitsamt Stuttgart auf je 100 offene Stellen im Januar 735,7 pZt., im Februar 214,1, März 115,1, April 116, Mai 111, Juni 160, Juli 237,2, August 216,3, September 122,5, Oktober 116,5, November 159,1, Dezember 276,4 pZt. Trotz dieser selbst zur günstigsten Geschäftszeit noch überzähligen männlichen Arbeitskräfte konnten wir eine steigende Verwendung von weiblichen Hilfskräften in den Ladiereabteilungen der Kriegsindustriellen Betriebe feststellen, welche auf die zeitweilig starke Abwanderung unserer Kollegen nach jenen unter günstigeren Bedingungen arbeitenden Betrieben wieder hemmend eingewirkt hat. Die Abwanderung der Berufsangehörigen — und das waren nicht allein Gehilfen, sondern auch zahlreiche kleine Meister — vollzog sich denn auch nicht ausschließlich nach den für unsern Beruf zunächst in Betracht kommenden Kriegsindustriellen Betrieben, sondern ebenso stark in der Richtung völlig berufsremder Arbeitsgelegenheiten. Die Beschäftigtenzahl sank auf 23,2 pZt. des normalen Friedensstandes.

Der Entfaltung einer wirksamen allgemeineren Agitation haben sich als Folge der Kriegswirkungen große Schwierigkeiten entgegengezeigt. Die aus der Lehre entlassenen jungen Kollegen, die für die Werbearbeit in den Malerbetrieben vor allem in Frage kamen, wurden meist in kürzester Frist vom Geeresdienst beansprucht, so daß ein dauernder, fühlbarer Erfolg auch bei eifriger Werbearbeit in diesen Betrieben nur selten erzielt werden konnte. Günstiger waren die Agitationsergebnisse in den Kriegsindustriellen Betrieben; auf diese wurde denn auch im Berichtsjahr die Agitation im wesentlichen konzentriert.

Im Laufe des Jahres konnten die vor Kriegsbeginn eingegangenen Zahlstellen in Friedrichshafen, Speyer und Ulm wieder ins Leben gerufen und kräftig entwickelt werden.

Wie vorausgesehen war, ist bei der Fortdauer des Krieges in der Mitgliederbewegung eine bemerkenswerte Veränderung nicht zu verzeichnen, trotz des gegen das Vorjahr stärkeren Zuganges, der sich einschließlich der ebenfalls wieder gestiegenen Neuaufnahmen auf 258 Mitglieder belief. Diesem Zugang stehen aber allein 161 zum Geeresdienst Abgemeldete gegenüber. Insgesamt stehen nunmehr vom 6. Bezirk 2400 Mitglieder im Geeresdienst, gleich 70 pZt. unseres letzten Friedensstandes.

Die Beitragsleistung weist im Berichtsjahre eine Besserung auf; es wurden pro Mitglied an Beitragsmarken umgekehrt 43,27 gegen 40 im Vorjahre und 42,86 im Jahre 1914. Bei Entnahme beitragsfreier Marken zeigt sich eine weitere Beschränkung der Mitglieder; sie beträgt pro Mitglied und Jahr 2,09 gegen 4,78 im Vorjahre und 5,20 im Jahre 1914. Der wegen der Zulässigkeitsbeschränkung im Vorjahre vom Verbandsvorstand gefasste Beschluß hatte zur Folge, daß diese im Laufe des Jahres nahezu vollständig außer Gebrauch kamen. Die im Berichtsjahre umgesetzten 889 Marken dieser Klasse sind fast ausschließlich weibliche Beiträge. — In der Klasse der Invaliden ist ein Markenumsatz von 180 zu verzeichnen.

An Unterstützungen sind im Bezirk insgesamt 10 683,56 zur Ausschüttung gekommen, wovon entfallen auf Krankenunterstützung 8759,85, auf Familienunterstützung 8288, auf Arbeitslosenunterstützung 254 und auf sonstige lokale Unterstützungen 881,91.

Der auf den 15. Februar des Berichtsjahres fallende Ablauf des Reichstarifvertrages und die dadurch notwendig gewordenen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband boten den Kollegen äußerst willkommene Gelegenheit, die Frage der Lohnaufbesserung anzuführen, und es wurde daher äußerst dankbar allerorts begrüßt, daß auf Grund der im Reichsamt des Innern geführten Verhandlungen eine — wenn auch im Verhältnis zur Feuerung sehr minimale — Kriegszulage auf zentraler Grundlage vereinbart werden konnte. Für die im Berichtsjahr noch in Frage kommenden 42 Tariforte, die dem Reichstarif unterstanden, betrug die vereinbarte Kriegszulage durchschnittlich 5 1/2 die Stunde. — Das Gros der Arbeitgeber hat sich dieser zentralen Vereinbarung ohne weiteres angeschlossen, und die auf dieser Grundlage zustande gekommenen Verlängerungen des Reichstarifs begrüßt; auch diejenigen Firmen, für welche der Sondervertrag in Geltung war, haben sich in ihrer überzogenen Mehrheit mit der Zahlung der Zulage einverstanden erklärt. Nur in Straßburg ergaben sich Schwierigkeiten, da die Arbeitgeber geschlossen die Zahlung einer Feuerungszulage ablehnten, ja, wie auf einem Schreiben des Arbeitgebervorstandes hervorzuheben, sich sogar mit dem Gedanken einer Lohnkürzung beschäftigten. Das Festungsgouvernement, das zwar die gewerkschaftliche Selbsthilfe unmöglich machte, lehnte auf unsern Ansuchen ein Eingreifen mit der Erklärung der Anzuständigkeit ab.

In Ladiere- beziehungsweise Kriegsindustriellen Betrieben wurden im Berichtsjahre neun Lohnbewegungen geführt. Im Vordergrund derselben stand die Ladiereabteilung der Daimler-Motoren-Gesellschaft. Hier wurden im Juni gemeinschaftlich mit der übrigen Arbeitererschaft Forderungen eingereicht wegen einer Erhöhung der Feuerungszulagen und der Stunden- und Akkordlöhne. Das Ergebnis mehrmaliger Verhandlungen befriedigte nicht allgemein. Da auch in andern Berufsabteilungen des Karosseriebaues ein gleich unbefriedigendes Entgegenkommen gezeigt wurde, setzte in diesem Teil des Betriebes sofort eine neue Bewegung ein, die sich besonders die Erhöhung der Einstellungsabläufe und eine den Feuerungsverhältnissen angemessene Steigerung der Akkordlohnleistungen zum Ziel stellte.

Die Forderungen wurden für die inzwischen auf 52 Ladiere- und 11 Hilfsarbeiterinnen angemessene Abgeltung Anfang Dezember eingereicht; am 15. Dezember traten bereits die durch die neuen Verhandlungen erzielten Zugeständnisse in Kraft, insofern deren sich der durchschnittliche Stundenlohn (einschließlich der männlichen Hilfsarbeiter) von 58,08 1/2 auf 68,45 1/2, der der Arbeiterinnen von 40 1/2 auf 44,8 1/2 erhöhte. Für die Gegenwart wichtiger noch war die Erhöhung der Akkordlohnleistungen, bei den männlichen Kollegen von durchschnittlich 11,45 auf 17,45 die Woche, bei den Hilfsarbeiterinnen von 19,80 auf 28,30 die Woche. — Die gelernten Ladiere- erreichen demnach einen Akkordstundenlohn von 1,35; die Maler einen solchen von durchschnittlich 1,06. Die Bewegung bei der Daimler-Motoren-Gesellschaft schließt demnach mit einer Erhöhung der Verdienste um etwa 50 pZt. ab.

Im Maquetischen Betrieb in Heidelberg stellten die dort beschäftigten zehn Kollegen Anfang August Forderungen auf 20 pZt. Erhöhung der Akkord- und Stundenlöhne sowie Einschränkung der Ueberstundenarbeit. Das Ergebnis der Verhandlungen war die geforderte Erhöhung des Akkordlohnes sowie eine Besserung in der Ueberstundenleistung.

In den Möbelabriken in Kaiserslautern wurden Forderungen auf Gewährung einer Feuerungszulage eingereicht, aber nur in einem Falle eine Zulage von 3 1/2 pro Stunde gewährt.

In der Maschinenfabrik Lang in Mannheim wurde zu Beginn des Jahres um eine fünfprozentige Akkorderhöhung nachgesucht. Die Firma stellt Entgegenkommen in Aussicht; einige Zeitlohnarbeiter erhielten eine Aufbesserung von 5 bis 10 1/2.

Bewerkschaftliches.

Die Zurückzahlung der Teuerungszulagen an die Bauunternehmer. Die in den Verhandlungen Ende April dieses Jahres im Reichsamt des Innern vereinbarten Teuerungszulagen für die Arbeiter des Baugewerbes werden den Unternehmern durch das Reich oder die Bundesstaaten zurückerstattet. Nur unter dieser Bedingung haben die Unternehmer in die Teuerungszulagen gewilligt. Nun ist zwar die Regelung der Zurückzahlung in erster Linie Sache der Regierung und der Unternehmer; aber auch die Arbeiter sind daran interessiert. Die Grundsätze, die dabei Anwendung finden sollen, sind in einem Schreiben des stellvertretenden Reichskanzlers vom 5. Mai dieses Jahres an den Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe enthalten, das der „Zimmerer“ in seiner neuesten Nummer zu veröffentlichen in der Lage ist. Darin wird ausgeführt: „Die Rückvergütung erhalten die Mitglieder des Arbeitgeberbundes, die diesem am 27. April 1917 angehört haben. Zurückvergütet werden die zwischen dem Arbeitgeberbund und den Zentralverbänden der Bauarbeiter am 26. und 27. April 1917 vereinbarten, an die in den einzelnen Tarifverträgen aufgeführten Arbeiterkategorien zu zahlenden und tatsächlich gezahlten Beiträge der zweiten Kriegszulage von 15 % für die Arbeitsstunde, soweit die empfangsberechtigten Arbeiter auf Bauten beschäftigt sind, die für Rechnung des Reiches oder

ausführen, werden schon selbst einen Weg finden, um die Zulagen vom Reich oder von den Bundesstaaten zurückerstattet zu bekommen. In manchen Orten machen die Unternehmer einen Unterschied zwischen den bei Staatsarbeiten und den an Privatbauten beschäftigten Arbeitern, indem sie in ersterem Falle die volle, in letzterem nur einen Teil der Zulage bezahlen. Aus dem oben zitierten Schreiben des stellvertretenden Reichskanzlers ergibt sich zur Genüge, daß die Rückvergütung für alle Bauten erfolgt, die im Interesse der Kriegsführung oder der Volksernährung errichtet werden. An diesen Bauten dürfen aber die allermeisten Arbeiter beschäftigt sein. Sie werden auch denen noch Beschäftigung bieten, die an anderen Bauten arbeiten, wo die Zulage verweigert wird.

Die Lehrlingsfrage im Schiffszimmerergewerbe. Ueber die wirtschaftlichen und beruflichen Verhältnisse der Lehrlinge im Schiffszimmerergewerbe hat der Vorstand des Schiffszimmererverbandes eine umfangreiche Statistik ausgenommen und die Ergebnisse in seinem Verbandsorgan veröffentlicht. Das sorgfältig bearbeitete Material bezieht sich auf 140 Fluh- und Seeschiffswerften in 34 Orten; beschäftigt sind in diesen Werften 2418 Hilfs- und 523 Lehrlinge. Für 480 Lehrlinge beträgt die Lehrzeit 4 Jahre, für 14 3/4 Jahre und für 20 8 Jahre. 236 Lehrlinge erhalten von den Werften das notwendige Handwertzeug, 287 müssen es sich auf eigene Kosten anschaffen. Eine Fortbildungsschule besuchten 486 Lehrlinge. Die Statistik gewährt einen tiefen Einblick in die eigenartig gelagerten Lehrlingsverhältnisse dieses Berufs und zeigt, wie notwendig es war, sie einmal der breiten Öffentlichkeit bekanntzugeben. Zusammenfassend kann der Schiffszimmererverband aus dem gewonnenen Ergebnis seiner Erhebungen schreiben:

„Unsere Feststellungen haben die überaus trübe wirtschaftliche Lage der Lehrlinge erkennen lassen. Wie ein roter Faden zieht sich durch alle Lehrverträge die sehr rechtlose Stellung der Lehrlinge, dem große Pflichten, aber nur sehr geringe Rechte eingeräumt sind. Bei der Wichtigkeit des Schiffbauwesens ist die Heranziehung eines gut geschulten beruflichen Nachwuchses nicht nur für die Schiffbauindustrie, sondern auch für unsere Volkswirtschaft von hervorragendem Interesse. Es steht aber zu befürchten, daß bei der Aufrechterhaltung der jetzigen Lehrverhältnisse der Nachwuchs des Berufes dauernd zurückgehen wird. Bei den schweren Existenzbedingungen, unter denen die Arbeiterschaft leidet, sind die Eltern gezwungen, ihre Söhne bei der Entlohnung in solche Berufe unterzubringen, wo die Schulung ausreichend ist, um zum Lebensunterhalt der Familie noch etwas beizusteuern. Das ist aber, so wie die Dinge nun einmal liegen, bei der Erziehung des Schiffszimmererlehrlinges ausgeschlossen. Das sogenannte Kostgeld reicht nicht annähernd zum Lebensunterhalt, viel weniger noch zur Anschaffung der Kleidung und des Handwertzeugs. Es sind deshalb erhebliche Zuschüsse der Eltern erforderlich, die nur in seltensten Fällen geleistet werden können. Die intelligentesten Jungen werden durch diese Umstände selber verhindert, sich einem Berufe zuzuwenden, zu dem sie große Neigung verspüren. Wenn die Heranziehung eines geeigneten und ausreichenden Nachwuchses für unsern Beruf ermöglicht werden soll, so ist vor allen Dingen eine Erhöhung der unzureichenden Lehrlingsentlohnungen erforderlich. Damit muß dann eine bessere theoretische und technische Ausbildung Hand in Hand gehen. Im Interesse der gesamten Schiffbauindustrie liegt die Heranziehung tüchtiger Facharbeiter, und nur mit einer tüchtigen, intelligenten Arbeiterschaft werden die Werften den später kommenden Konkurrenzstumpf mit dem Auslande erfolgreich bestehen.“

Sozialpolitisches.

Ernährungsaussichten. Wie in der Tagespresse dieser Tage bekanntgegeben worden ist, sind die preussischen Oberpräsidenten nach gemeinschaftlicher Beratung aller einschlägigen Fragen zu der Ueberzeugung gekommen, daß unsere Volksernährung für den Rest des Erntejahres und für die neue Wirtschaftsperiode gesichert sei. Eine solche Volksgesundheit hört man gern; aber mit Vertrauen könnte uns diese Mitteilung erst dann erfüllen, wenn wir die Gewißheit hätten, daß die Möglichkeit des Durchhaltens nicht mehr durch verkehrte und überflüssige Maßnahmen erschwert wird. Es hätte sicher schon um unsere Ernährung in der letzten Wirtschaftsperiode besser gestanden, wenn alles an den Mann gekommen und nicht bei der Bewirtschaftung so vieles verwirrt worden wäre. Beim Brotgetreide und beim Fleisch war, abgesehen von der sogenannten Ueberschätzung der Ernte und der Größe der Nationen, kaum zu klagen. Man bot beides in der allein richtigen Form, das heißt in möglichst wenig verarbeitetem Zustande als Mehl, Mühlenfabrikat, Brot und Fleisch. Dadurch blieb auch die Preissteigerung in gewissen Grenzen. Bei vielen andern Lebensmitteln ging man umständlichere Wege. Kohlrüben und anderes Wurzelgemüse wurden nicht nur auf zum Teil ebenso unappetitliche wie gewinnbringende Weise getrocknet, sondern auch im Uebermaße durch Einäuern minderwertig gemacht. In diesem Zustande werden sie jetzt noch von manchen Gemeinden wie „saures Bier“ angeboten und mehr oder weniger zwangsweise verkauft. Sogar in Blechbüchsen haben sich solche Rüben und selbst das billige Sauerkraut verirrt. Alles das wurde dem Frischverkehr entzogen und liegt jetzt zu durchaus unangemessenen Preisen bei den Händlern herum. Statt des Zuckers gab man der Bevölkerung Kunsthonig, statt des Kartoffelmehls Budingpulver, statt frischer Fische und Muscheln die berühmten Fischkonerven. Statt ihr Früchte zu geben, versprach man ihr Marmelade.

Wes das sind arge, nur der verarbeitenden Industrie wohlgefällige Mißgriffe. Auch amtliche Stellen glauben sie mit dem Hinweis entschuldigen zu sollen: die Bevölkerung fordere fertige Fabrikate. Die Bevölkerung kann vernünftigerweise solche Forderungen nicht stellen, wohl aber kann sie verlangen, daß das, was die Natur an Nahrungsmitteln bietet, ihr in möglichst natürlichem Zustande und zu erträglichen Preisen zugeführt werde. Kein Mensch braucht Kunsthonig, an dem erst der Fabrikant und die Bewirtschaftungsstellen verdienen beziehungsweise ihre Unkosten decken mußten. Wer etwas Süßes auf das Brot braucht,



An unsere zum Militär eingezogenen Verbandsmitglieder!

Vielsach melden sich die vom Militärdienst zu gewerblicher Arbeit entlassenen, beurlaubten (reklamierten) oder abkommandierten Kollegen nicht wieder rechtzeitig beim Verband an und zahlen für die Zeit ihrer Erwerbstätigkeit auch keine Beiträge. Diese Kollegen verlieren damit die durch ihre frühere Mitgliedschaft erworbenen Rechte. Wir ersuchen darum dringend alle vom Militär entlassenen, beurlaubten (reklamierten) oder abkommandierten Verbandsmitglieder, zur Wahrung ihrer Rechte sich sofort wieder bei ihrer zuständigen Filiale zu melden oder sich um Auskunft an den Verbandsvorstand zu wenden.



der Bundesstaaten ausgeführt werden oder die von andern Bauherren für Zwecke der Seeresüstung oder des Seeresbedarfs oder zur notwendigen Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln oder andern unentbehrlichen Bedarfsgegenständen errichtet werden. Die Erstattung findet jedoch nur dann statt, wenn der Bauvertrag spätestens am 15. April 1917 abgeschlossen war, oder wenn er auf Grund eines bis zu diesem Tage (einschließlich) abgegebenen bindenden Angebots des Bauunternehmers zustande gekommen ist.“ Streitigkeiten über die Erstattung der Zulage sowie über die Frage, ob ein Bau für die erwähnten Zwecke in Betracht kommt, werden unter Ausschluß des Rechtsweges von Schlichtungsgerichten entschieden.

Weiter heißt es in dem Schreiben: „Hat ein Arbeitgeber schon vor dem 27. April 1917 eine Teuerungszulage gezahlt, so beschränkt sich die Rückzahlung auf die vom 27. April 1917 ab zu leistenden Zulagen. Wird nach dem 27. April eine höhere Zulage gewährt, so erstattet das Reich dennoch nur den Betrag von 15 % für die Arbeitsstunde. Für die Rückzahlung kommen ferner diejenigen Beiträge nicht in Betracht, welche über den Tariflohn und die erste Kriegszulage hinaus vom Bauherren zu tragen sind. Die Abrechnung zwischen den Mitgliedern des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe und dem Reich erfolgt durch den Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe.“ Die Unternehmer haben ihren Forderungsnachweisen beglaubigte Unterlagen beizufügen.

Der Vorstand des Arbeitgeberbundes hat auf das Schreiben des stellvertretenden Reichskanzlers unterm 7. Mai 1917 beantwortet, daß er die getroffene Regelung als eine befriedigende ansehe und die neue Teuerungszulage nun allgemein zur Auszahlung gelangen werde. Das ist leider bis heute noch nicht geschehen. Der „Zimmerer“ konnte in seinen letzten Nummern über zahlreiche Fälle berichten, in denen die Unternehmer die Zulage entweder ganz verweigern oder nur zu einem Teile zahlen. Daran ist auch der Vorstand des Arbeitgeberbundes nicht ganz unschuldig; denn er hat seine Unterverbände reichlich spät unterrichtet, so daß diese an ihre Mitglieder erst Anweisung ergehen lassen konnten, als die Zulage längst fällig war. Es hat aber auch den Anschein, als beständen noch mancherlei Unklarheiten, durch die eine möglichst allgemeine Durchführung der Teuerungszulage unnötig aufgehalten wird. So soll beispielsweise in Unternehmerkreisen die Auffassung herrschen, es seien nur die Mitglieder des Arbeitgeberbundes gehalten, die Zulagen zu bezahlen, andere Unternehmer nicht; eine Auffassung, die ohne Zweifel in den oben erwähnten Vereinbarungen zwischen der Regierung und dem Arbeitgeberbund eine Stütze findet. Mit Recht weist deshalb der „Zimmerer“ darauf hin, daß mit dieser Abmachung nicht gesagt sei, die Rückvergütung würde nur an Mitglieder des Arbeitgeberbundes geleistet und nicht an andere Unternehmer, die ebenfalls solche Arbeiten übernommen haben, für welche Rückzahlung der gezahlten Zulage gewährt wird. Der Arbeitgeberbund regelt nur die Abrechnung für seine Mitglieder. Unternehmer, die dem Arbeitgeberbund nicht angehören und Arbeiten, wie die oben beschriebenen

Bei Magirus, Ulm, wurden im Dezember ebenfalls die Löhne, die vor der Bewegung bei unsern dortigen Kollegen durchschnittlich 40 % pro Stunde betragen, auf durchschnittlich 58 % erhöht, ebenso die Teuerungszulage um 20 % pro Tag; so daß sich für die 80 dort beschäftigten Maler ein wöchentlicher Mehrverdienst ohne Teuerungszulage von etwa M 229 ergibt.

Eine bei Gebrüder Scherhardt, Ulm, eingeleitete Bewegung ist im Berichtsjahre nicht mehr zum Abschluß gekommen.

Gegen Ende des Jahres wurden von uns Forderungen eingereicht im Flugzeugbau Friedrichshafen, Wangel. Die Stundenlöhne der 24 männlichen Kollegen wurden im Durchschnitt von 58 % auf 77 %, diejenigen unserer Hilfsarbeiterinnen von 80 % auf 48 % erhöht. Der erzielte wöchentliche Mehrverdienst beläuft sich für unsere beteiligten Kollegen auf M 847,76, für unsere Kolleginnen auf M 75,52.

Im Luftschiffbau Zeppelin hatten wir eine Lohnerhöhung von 20 pSt. gefordert. Von der Werkleitung wurden die Löhne auf 68 % erhöht. Der erzielte wöchentliche Mehrverdienst betrug für die in Frage kommenden 26 Kollegen M 184.

Eine vom Vorstand veranstaltete Erhebung über die gegenwärtigen Verhältnisse in den Badlerbetrieben stieß an vielen Orten auf ziemlich Schwierigkeiten und mußte vielfach vom Unterzeichneten persönlich durchgeführt werden.

Es wurden im 6. Bezirk 68 Betriebe mit 506 männlichen und 188 weiblichen im Badlerberuf Beschäftigten ermittelt. Im Waggon- und Eisenbahnbau waren es 6 Betriebe, Dugowaggen 1 Betrieb, Automobilbau 9 Betriebe, Feuerwengeräte 2 Betriebe, Schiffbau und Werften 1 Betrieb, Flugzeugfabriken und Militärwerkstätten 8, Straßenbahnwerkstätten 2, Maschinenfabriken für Elektrozug 5, für Dampf, Gas und Petroleum 2, für landwirtschaftliche Maschinen 8, Werkzeugmaschinen des Handwerks 5, der Nahrungsmittelindustrie 8 und des Automatenbaues 2 Betriebe. In der weitans größten Mehrzahl arbeiteten die ermittelten Betriebe und Beschäftigten für Seeresbedarf.

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge und die von den hiesigen Berufsverbänden hierzu aufgestellten Richtlinien haben eine praktische Wirkung im Berichtsjahre nicht erlangen können.

Während des Berichtsjahres wurde die Fühlungnahme mit den im Seeresdienst stehenden Mitgliedern und das Abreiffenmaterial für die Fühlungnahme des „Vereins-Anzeiger“ erweitert. Dandbar haben unsere selbstgewählten Kollegen den Empfang ihres „Vereins-Anzeiger“ quittiert und so den Verwaltungen für die damit verbundene andauernde große Müheverwaltung vorläufige Genugtuung verschafft.

Im Berichtsjahre fanden im 6. und 7. Bezirk auf Veranlassung und unter Mitwirkung der Kapitulationskommission fünf öffentliche Versammlungen, 20 Mitgliederversammlungen, 22 Besprechungen und Informationsabende und andere Veranstaltungen mehr. Auch die Erledigung der Verwaltungsgeschäfte der Stuttgarter Filiale, die von den im Berufe stehenden Kräften mehr und mehr entblüht wurde, nahm vermehrte Zeit in Anspruch. Differenzen, die zwischen Oubverwaltung und Malerbetriebsgenossenschaft in Stuttgart ausgebrochen waren, trugen ebenfalls zur Behinderung der Verbandsarbeit am Orte mit bei.

Der Postverkehr im Berichtsjahre hat gegen das Vorjahr eine nicht unbeträchtliche Steigerung erfahren; er belief sich im 6. Bezirk und Filialverwaltung Stuttgart auf 7095 Ein- und Ausgänge.

Wäge uns bald die Zeit beschieden sein, wo mit vereinten Kräften die großen Aufgaben nach dem Kriege in Angriff genommen werden können.

Stuttgart. Fr. Duh.

Von unsern Kollegen im Felde.

Das Eisene Kreuz erhalten hat der Kollege Julius Bauer von der Filiale Nürnberg.
Das Eisene Kreuz zweiter Klasse erhielt Kollege Willy Keller von der Filiale Hamburg.

Aus Unternehmerkreisen.

Organisationszwang für Unternehmer. In der „Deutschen Löhner- und Zieglerzeitung“ verbreitet sich Direktor Pinnl über die Bestrebungen, die Ziegeleiwerke für Verkaufsvereinigungen zu gewinnen. Er gibt allerdings Ratsschläge, wie man einen Außenleiter überreden oder überzeugen soll, und meint dann, wenn er nach seinen Vorschlägen über alle Punkte genau informiert ist und wenn seine Zweifel oder falschen Meinungen für den Zusammenschluß behoben sind, so wird er schon zur Versammlung und damit zur Organisation kommen. Falls es aber doch Kaufheine gibt, die allen Ermahnungen und Belehrungen zum Trotz der Unternehmerorganisation fernbleiben, so glaubt der Herr Direktor, es mit folgendem Mittel versuchen zu müssen:

„Ist der eine oder der andere sehr widerpenstig, dann kann ihm auch bedeutet werden, daß die Vereinigung sich gegen solche Kollegen auch den Dugus erlauben könnte, sie durch besonders niedrige Preise in dem Absatzgebiet zu schädigen, so daß ihm seine Sonderstellung für keinen Fall eine Freude oder gar einen Vorteil bringen würde.“

Also soll die Gewalt helfen, wo die Güte nicht fruchtet. Durch Preisunterbietung soll in die Organisation gezwungen werden, wer durch Ueberredung nicht hineinzubringen ist. Damit eröffnet Direktor Pinnl seinen Kollegen durchaus keinen neuen Weg zum Ausbau der Organisation; er schlägt nur die Anwendung eines bei Unternehmerorganisationen beliebigen Mittels vor. Aber es ist doch bemerkenswert, daß er es öffentlich vorschlägt. In der Regel wenden die Unternehmer solche Druckmittel zwar heimlich an; aber sie vermeiden es, öffentlich davon zu reden. Warum? Nun, weil sie sonst nicht so ungeniert über den „Terrorismus“ der — ändern, nämlich der Gewerkschaften, jchellen können.

der kann und wird auch gern sich seinen Jücker darauf streuen. Niemand wird das Verlangen haben, die Kohlrüben oder das Sauerkraut aus der Dose heraus nur warm machen zu müssen; vielmehr wird jeder sich sein Gemütle schon deshalb lieber selbst zubereiten, weil er dann wenigstens genau weiß, was er isst, und die Brühe nicht ebenso wie die Speise beschauen muß. Eine Puddingpulverpeise herzustellen, macht dieselbe Arbeit und dauert genau so lange, als wenn man sich von Grieß oder Kartoffelmehl einen Klammerl oder ähnlichen Brei nach eigenem Geschmack kocht; und Mabelsau oder Schellfisch „in Gelee“ sind der reine Sobn auf jede rationelle Ernährung. Fort damit! Wir haben genug an den Zivilisiertheiten, die unsere Lebensmittel infolge der öffentlichen Bewirtschaftung notgedrungen generelle passieren müssen. Man erspare uns also die veredelnde — vielfach nur veredelnde — industrielle Verarbeitung mit der daraus nochmals hervorgehenden Bewirtschaftung und Verfeinerung. Wir müssen mit unseren Arbeitskräften haushalten; hier liegt ein großes Gebiet vor uns, auf dem unbedenklich scharf eingegriffen werden kann.

Auf das Hilfsdienstgesetz und die Stellung der Gewerkschaften zu ihm kommt der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, A. Schilde, in der „Metallarbeiterzeitung“ noch einmal sehr eingehend zu sprechen. Danach habe die deutsche Volkswirtschaft im Zeichen der Beschlagnahme, weil sie mit allen Rohstoffen haushalten müsse. Nur durch diese Beschlagnahme sei die Fortführung der Kriegswirtschaft möglich. Aber die Beschlagnahme und das Nehmen der Rohstoffe haben erhebliche Teile der Industrie lahmgelegt und große Gruppen von Arbeitern freigelegt. Das könnte ein Land wie Deutschland, das ringsum von Feinden umgeben ist und dem ständig neue Feinde entstehen, auf die Dauer nicht ertragen. Das Meer verlange mehr Menschen und mehr Auszubildungsgegenstände, und so dränge alles zusammen zur Beschlagnahme des edelsten Gutes der Menschheit, der Arbeitskraft. Der wichtigste Sparstoff der menschlichen Gesellschaft, eben die Menschenkraft, könne vernunftgemäß und sparsam nur durch einen gewissen Zwang verwendet werden. Zwischen freiwilliger Verfügung und zwingender Verfügung habe das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst eine Mittellinie gesucht und gefunden. Trotz der Beschlagnahme der Arbeitskraft als Sparstoff habe der Arbeiter immerhin jenen Vermögensfreiheiten behalten, daß er im allgemeinen über die Verwendung und Verwendung seiner Kraft auch unter dem Hilfsdienstgesetz verfügen könne. Daß eine Befreiung der Freizügigkeit erfolgt sei, könne niemand bestritten. Aber schwarze Listen, Zugzwang und Warnungen seien viel stärkere Beschränkungen der Freizügigkeit des einzelnen und würden doch von den Berufsorganisationen ständig angewandt. Da die volle Freizügigkeit die Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft gefährdet habe, sei der Zwang, der nur durch partiell zusammengesezte Ausschüsse ausgeübt werden könne, berechtigt. Die Darlegung schließt mit folgender Zusammenfassung:

„Daß das Hilfsdienstgesetz ein Zwangsgesetz ist, ist unbestritten. Dieser Zwang ist, wie der auf andern Gebieten: Beschlagnahme der Güter, Nationalisierung der Lebensmittel, der Bekleidung usw. aus der Not der Zeit geboren. Gegenüber dem Zwange der allgemeinen Wehrpflicht, mit der der angegebene Zweck auch hätte erreicht werden können, ist er gemildert durch verschiedene Tropfen sozialen Desks. Diese sollen verhindern, daß Zwang zur Willkür wird. Da Arbeiter durch die sozialen Einrichtungen an der Durchführung des Gesetzes beteiligt sind, wird es ihre Aufgabe sein, seine Anwendung so zu gestalten zu suchen, daß sein eigentlicher Zweck erfüllt wird, ohne ihnen selbst zu schaden.“

Deutsch-russische Beziehungen. In weiten Kreisen ist jetzt der Blick für die Erkenntnis geschärft worden, daß die politischen Gegensätze zwischen Deutschland und Rußland in den Verhältnissen und Bedürfnissen beider Länder nicht begründet sind. Wo immer Differenzen bestehen, sind volle Ausgleichsmöglichkeiten vorhanden, damit also auch die überhöhen Grundlagen für eine dauernde Verständigung. Unter einer falschen Wertung der Politik Englands ist diese Sachlage zu lange und gründlich verkannt worden; es ist eine erfreuliche Nebenwirkung der russischen Revolution, hier gleichfalls einen Umschwung bewirkt zu haben. Besonders deutlich zeigt sich die Interessenslagerung in der Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen. So eng sind diese Beziehungen zwischen den beiden Ländern, die schon durch ihre geographische Lage aufeinander angeordnet sind, daß das beiderseitige Wirtschaftsleben sich geradezu ergänzt. Für den Durchschnitt der Jahre 1906 bis 1913 berechnet E. Zudermann in seinem Buch „Die Handelsresultate der kriegsführenden Mächtegruppen“ den Wert unserer Einfuhr aus Rußland auf rund 1493 Millionen Mark, denjenigen unserer Ausfuhr nach Rußland auf 1070 Millionen Mark. Von unserer gesamten Einfuhr macht die genannte Menge 14,81 pZt. aus; auf der andern Seite nahm uns Rußland 12,15 pZt. unseres ganzen Warenexports ab. Unser Warenexport nach Rußland, der sich damit auf die Rezensumme von über 2½ Milliarden Mark jährlich belief, übertraf denjenigen mit allen andern Mächten. Mit England tauschen wir hin und her (nach dem letzten Grundjahre berechnet) für 3360 Millionen Mark, mit den Vereinigten Staaten von Amerika für 2115 Mill. Mark, mit Oesterreich-Ungarn für 1933 Millionen Mark, mit Frankreich für 1274 Millionen Mark aus. Alle andern Staaten folgten erst in weitem Abstande. Nicht minder berechtigt sind die Ziffern des russischen Exporthandels. Es ergibt sich, daß Rußland von seiner gesamten Einfuhr in jenen letzten Friedensjahren 39½ pZt. nach Deutschland sandte, während es 43,44 pZt. seiner gesamten Einfuhr aus Deutschland bezog. Mit den Entente-Ländern verbanden es bei weitem nicht so enge Beziehungen. Von russischen Export nahmen England 23,97 pZt., Frankreich nur 9,08 pZt., Italien nur 3,64 pZt., Belgien 7,36 pZt., die Vereinigten Staaten 2,36 pZt. auf; auf der Gegenseite empfingen von der gesamten russischen Wareneinfuhr aus englische Erzeugnisse 13,15 pZt., französische 4,91 pZt., amerikanische 6,96 pZt.

Genossenschaftliches.

Von der Organisation der Volkswirtschaft. Von den bisher durch die Gewerkschaftsvereine und Konsumvereine der einzelnen Orte eingerichteten 581 Rechnungsstellen sind noch 378 in regelmäßiger Tätigkeit. Es wurden seit Ausbruch des Krieges 582 Rechnungsführer einberufen, davon seit dem 1. Januar 1916 allein 188, wodurch naturgemäß mancherlei Schwierigkeiten entstanden. Durch Zusammenlegen mehrerer Rechnungsstellen und Angliederung verwaister an größere Rechnungsstellen ist die Zahl der selbstständig tätigen Rechnungsstellen auf 378 herabgemindert worden. Von diesen werden 22 von Frauen verwaltet, und in einer weiteren Anzahl werden die buchhalterischen Arbeiten von weiblichen Kräften ausgeführt. Es ist ein ehrenreiches Zeugnis für die Arbeiter und die Frauen, wenn der Vorstand der Volkswirtschaft rühmend hervorheben kann, daß sich die Rechnungsführerinnen gut eingearbeitet haben, und daß die Erledigung der Geschäfte durch sie fast nichts zu wünschen übrig lasse, wie auch die neugewonnenen Rechnungsführer fast durchweg ihrer Aufgabe gewachsen sind.

Die vierte Generalversammlung der Volkswirtschaft findet am Dienstag, 26. Juni 1917, im Sitzungssaal der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg statt. — Die Verwaltung ist in der Lage, für das dritte Kriegsgeschäftsjahr 1916 über ein sehr günstiges Ergebnis berichten zu können, da sich bei der Steigerung des Verbraucherbestandes auf 101 796 in Kraft befindliche Policen nach reichlichen Zuwendungen an die Reserven nach ein Ueberschuss von M. 217 421 ergab. Die nach den verschiedenen Tarifen berichtigte Summe beträgt M. 28 468 029, davon bei den 123 715 Kapitalversicherungen allein M. 28 862 841. Dem Organisationsfonds ist auch im Jahre 1916 nichts entnommen worden.

Vom Ausland.

Die Internationale Gewerkschaftskonferenz, die am 8. Juni in Stockholm abgehalten wurde, war von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien, Holland, Finnland, Dänemark, Schweden und Norwegen besetzt. Nach den Mitteilungen Legiens über das Zustandekommen der Konferenz haben die französische und italienische Zensur die rein gewerkschaftlichen Schreiben dorthin und nach Spanien unterdrückt; von England ist eine Beteiligung abgelehnt worden. Die Konferenz war mit dem Vorschlage Lindberghs und Legiens einverstanden, die sachliche Beratung über gewerkschaftliche Friedensforderungen erst zu beginnen, wenn auch die Gewerkschaften der Ententeländer sowie Amerikas und Spaniens vertreten sein werden. Folgende Einladung zu einer neuen, in der Schweiz abzuhaltenen internationalen Konferenz wurde beschlossen:

„Die heutige Konferenz, zu der die Gewerkschaften Hollands, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Deutschlands, Oesterreichs, Ungarns, Bulgariens und Finnlands Vertreter entsandt haben, hat Kenntnis von dem Programm der Gewerkschaftskonferenz zu Leeds im Juli 1916 und von dem Entwurf der Friedensforderungen des Internationalen Gewerkschaftsbureaus genommen. Die Konferenz erachtet die Sicherung der Arbeiterrechte, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung als eine der wichtigsten Bestimmungen in dem Friedensvertrag, der schließlich zustande kommen wird. Da diese Fragen die Arbeiterklasse der ganzen Welt aufs stärkste berühren, hält die Konferenz es nicht für zweckmäßig, jetzt in endgültige Beratungen einzutreten. Sie beschließt daher die Einberufung einer neuen Konferenz auf den 17. September 1917 nach der Schweiz, so daß den Gewerkschaften aller Länder die Teilnahme ermöglicht sei. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse wird hiendurch eingeladen, zu dieser Konferenz Vertreter zu entsenden. Die Konferenz in Stockholm hält es für zweckmäßig, daß zu der neuen Konferenz nicht nach den Bestimmungen des Internationalen Gewerkschaftsbureaus nur drei Delegierte, sondern bis zu zehn Delegierten von jedem Lande gestattet werden müssen, wobei aber bei der Abstimmung jedes Land nur eine Stimme haben soll. Die Konferenz ist überzeugt, daß eine solche Zusammenkunft der Vertreter der organisierten Arbeiter der ganzen Welt von entscheidender Bedeutung für die Sicherung der Lage der internationalen Arbeiterklasse sein und den Fortschritt der menschlichen Kultur fördern wird.“

Auf Antrag Hubers wurde noch folgender Zusatz beschlossen: „In Erwartung, daß die Gewerkschaften aller Staaten trotz der Widrigkeiten des Krieges die gewerkschaftliche Verbrüderung aufrechterhalten, hoffen wir, daß sie dafür sorgen werden, daß die neue Konferenz vollständig besetzt sein wird.“

An den Vorsitzenden des Generalausschusses der französischen Gewerkschaften sandte der Kongreß ein Telegramm, worin er die Beschlüsse in Leeds 1916 als ein günstiges Zeichen des guten Willens begrüßt, das zu beseitigen, was seit dem Kriege die Arbeiter trennt. Dem Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg soll telegraphisch der Wunsch übermittelt werden, sich auf der nächsten Konferenz vertreten zu lassen.

Fachtechnisches.

Patentschau. Vom Patentbureau O. Krueger & Co., Dresden, Schloßstr. 2. Abschriften billigt. Auskünfte frei. Erteilte Patente: Kl. 75c. 7. 299 368. Tek. und Emailierwerke C. Koh. Lohd. Bad Offenburg; Verfahren zur Herstellung von Matt- und Glanzmetallschrift und Verzierungen auf Emailgrund. Zl. 3. 16. Gebrauchsmuster: Kl. 37f. 663 492. Glasbuchstabenfabrik Hübl G. m. b. H., Hügl, Baden; als Grabplatte, Firmenbild oder dergleichen dienende, mit erhabener Inschrift, Verzierungen usw. versehene Tafel aus gefärbtem Glas. 14. 5. 17. — Kl. 75c. 663 535. Konrad Winkenbach, Viernheim, Hessen; Vorrichtung zum Servor-

malen von Farbenmustern auf beliebigen Flächen, insbesondere zur Nachahmung der Holzmaserung. 11. 5. 17. — Kl. 75c. 663 256. Aug. Gottschall, Höchst a. M.; Werkzeug zur Erzielung beliebiger Farbentöne und Verzierungen zwecks Flächenbefestigung. 12. 4. 17.

Literarisches.

„Die Glocke“, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Barus. (Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 68.) Das oben erschienene Heft 11 enthält unter anderem folgende Artikel: Dr. Paul Leisch, M. d. R.: Was geht in England vor? Dr. Wilhelm Hausenstein: Sozialismus und Massenfrage. Johann Plenge: Die Revolutionierung der Revolutionäre (VI). Paul Müller: Kriegsverluste und Wiederaufbau der deutschen Handelsmarine (II). Julius Jersch: Genossen. Claffen. — Einzelhefte 80 A, vierteljährlich M. 8,50 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

„Arbeiter-Jugend.“ Die sechsten erschienenen Nr. 18 des neunten Jahrgangs hat unter anderem folgenden Inhalt: Jung-Sozialist auf Wanderschaften. Von G. M. Müller-Magdeburg. — Ein Ausflug zum „Alten“. Von Otto Müller-Burg bei Magdeburg. — Was und Karl Marx gelehrt hat. Von H. Straffer. — Vincent van Gogh. Von Oskar Schäfer. — Wanderschaften und Wanderschlüssel. Vom Heuberg Straßinger. — Aus der Jugendbewegung. — Arbeiterinnen. Gedicht von Karl Bröger.

Le Traducteur, The Translator, Il Traduttore. drei Halbmonatsschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. Gediegene Aufsätze und Erzählungen klassischer und moderner Autoren wechseln mit Gesprächen aus dem täglichen Leben ab, die in ausgiebiger Weise der Umgangssprache Rechnung tragen. — Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Gaut, Garten, Feld. Diese empfehlenswerte Gartenzeitschrift ist ein zuverlässiger Führer für alle Garten- und Blumenfreunde und wirkt ausläßend in dem Beiblatt „Tier, Lichter und Tierfreunde“, „Haus und Familie“. Vierteljährlich erscheinen sechs Hefte zu dem billigen Preise von 88 A. Die Hefte 1 bis 11 des Jahrgangs 1917 sind erschienen. Interessenten verlangen Probehefte durch den Verlag: Franckh'sche Verlagbuchhandlung in Stuttgart.

Sterbetafel.

Dresden. Gestorben sind unsere Mitglieder: Paul H. Mann am 28. März, Franz Feinzelmann am 11. Mai, Heinrich Wittner am 18. Mai und Gustav Menig am 18. Mai dieses Jahres.
München. Am 4. Mai starb unser langjähriges Mitglied Wilhelm Wobelein in Würth an Lungenerkrankung.
Ehre ihrem Andenken!

Vereinsteil.

Bericht der Hauptkasse vom 11. bis 16. Juni. Der Abschluß des zweiten Quartals ist am 30. Juni. Sämtliche Gelder, welche noch in der Abrechnung dieses Quartals verrechnet werden sollen, müssen bis zum 30. Juni auf unser Postcheckkonto oder Bankgiro eingezahlt werden.

Eingefandt haben: Straßburg M. 65, Dessau 100.

Wertzeichen wurden versandt (B = Beitragsmarken, E = Eintrittsmarken): Mannheim 50 B à 100 A. Dresden 100 B à 100. Halle a. d. S. 400 B à 80, 800 B à 120. München 400 B à 10. Weimar 100 B à 80. Köln a. Rh. 1200 B à 75, 100 B à 100. Düsseldorf 500 B à 80, 800 B à 120, 10 E à 50, 100 B à 45. Oberfeld 800 B à 80, 400 B à 100, 800 B à 120. Regensburg 400 B à 120, 10 E à 100. Würzburg 400 B à 120. Bremerhaven 100 B à 10. Detmold 100 B à 70. Eisenach 100 B à 70, 100 B à 110. Hamburg 2800 B à 85, 200 B à 105, 1600 B à 125. Mainz 4000 B à 120, 200 B à 100, 400 B à 10. Potsdam 400 B à 70, 20 E à 100. Spandau 100 B à 75, 100 B à 95, 200 B à 115. Wismar 100 B à 80. Bamberg 800 B à 120. Heidelberg 20 E à 100. Grimberg 10 E à 100. Stettin 400 B à 80, 200 B à 120. Dörm 200 B à 110. Offen 1200 B à 85, 400 B à 105, 1200 B à 125. Göttingen 100 B à 100. Glauchau 400 B à 115.

Die Woche vom 24. bis 30. Juni ist die 26. Beitragswache.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 23 des „Correspondenzblattes“ bei.

Weißbinderhaus

seil m. vollst. Gar. u. Friedenswarenebestand f. nur M. 25 000 w. Stüberstr. 37. Rosenbaum, Bergweg 24, Frankfurt a. M.

Malerbetriebsgenossenschaft, c. G. m. b. H., Stuttgart.

Berichtigung zur Veröffentlichung der Bilanz am 31. Dezember 1917: Die Geschäftsausgaben der Genossen haben sich um M. 40 vermindert. Die Postsumme der Genossen hat sich um M. 100 vermehrt und beträgt M. 2700. Der Vorstand: Fischer, Quastfeldt.